

trotzdem die so Beurteilten mit Privilegien ausstatten und unter ihre amtlichen Flügel in Schutz nehmen, muß das Vertrauen der Studenten zu ihren Lehrern, die, wie schon ihre Benennung besagt, von Berufswegen Bekenner der Wahrheit sein sollen, im tiefsten Grunde erschüttern; das haben die Hannoveraner auch schon öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Solcherweise sind unsere Hochschulen durch diese „römische“ Frage, welche uns nachgerade von allen Seiten her an die Nieren geht, bereits nur zu sichtlich in ihrem Ansehen und innersten Bestande bedroht. Kann man sich eine schreiendere Anomalie denken, als daß die akademischen Lehrkörper verurteilt sein sollen, selbst Elemente großzuziehen, welche nur dazu da sind, unsere auf freie Wissenschaft gestellten Hochschulen ins Joch der Jesuiten zu spannen und so in ihr Gegenteil umzuwandeln? Nur noch wenige weitere Studentengenerationen, wie die seit Jahrzehnten schon vom Zentrum bereits gezeitigten, und wir sind unwiderruflich geliefert. Jene „akademische Freiheit“, welche zu vernichten sie berufen sind, als Deckmantel anzurufen, steht den Jesuitenzöglingen genau so gut an, wie deren „T o l e r a n z a n t r a g“ im Reichstage. Uns Konfessoren mit unseren eigenen Waffen den Garaus zu machen, ist von jeher das probateste Rezept der Jünger Voholas gewesen. Wie lange soll sich der deutsche Michel noch so narren lassen? Will man wirklich zuwarten, bis der „furor teutonicus“ mit so elementarer Gewalt zum Durchbruch kommt, daß alles drunter und drüber geht? Soll selbst unseren Hochschulen die Selbsterhaltung untersagt, der Lebensnerv von Amts wegen durchschnitten werden, nur damit der Dreifachgekrönte im Vatikan mit uns zufrieden ist? Soll wirklich eines Tages noch die weißgelbe Papstfahne wieder, wie im erleuchteten Mittelalter, über unseren deutschen Hochschulen wehen?



Ein Rückblick auf den Streik im Ruhrkohlenrevier.

Von Ferdinand Lönies (Gutin).

Man ist geneigt die Frage aufzuwerfen: „Warum gehen die großen Streiks regelmäßig verloren, während manche kleinere gewonnen werden?“ Die Antwort scheint einfach: der konzentrierte Angriff begegnet konzentriertem Widerstand, und im großen ist die Macht des Kapitals der Macht der Arbeit immer überlegen — das Kapital „kann warten“, die Arbeit kann es nicht. Die Hilfe der Gefährten kann nur eine

kleine Zahl längere Zeit über Wasser halten. Indessen ist auch folgendes zu erwägen: als planmäßig vorbereitete, unternommene und geleitete Angriffe sind große Streiks bisher selten, in Deutschland vielleicht noch niemals vorgekommen; durch Mangel an Zusammenhang, Ordnung und Direktion ist in der Regel die Kraft des Angriffes von vornherein gelähmt. Die großen Streiks haben mehr den Charakter von *Naturreignissen*, als von bedachten menschlichen Handlungen.

Sie entspringen den *Stimmungen der Masse*, zuweilen dem Druck der Not und Entbehrung, öfter dem allmählich angehäuften Unwillen, verletztem Ehrgefühl — sittlicher Entrüstung. Sie haben weniger den Charakter eines gewollten Mittels zu bestimmtem Zwecke, als den der unmittelbar gewollten *Demonstration*. Alle Bedenken und Warnungen werden beiseite geschoben, über die Köpfe der Führer hinweg werden Beschlüsse gefaßt —: „hier stehen wir, wir können nicht anders“, das ist der Ruf solcher streikenden Menge! — *Hoffnungen* knüpfen sich freilich daran: „man wird ein Einsehen haben, die Sympathie aller Rechtlichdenkenden wird auf unserer Seite sein, unsere Einigkeit, unser friedliches Verhalten wird einen günstigen Eindruck machen, die öffentliche Meinung wird auf die Unternehmer drücken, die *Staatsregierung* wird etwas für uns tun, unser Los wird erleichtert werden.“ Aber von solchen Hoffnungen wird der größere Teil zu Schanden! —

Es ist nicht schwer, sich den Seelenzustand derer vorzustellen, die nach solchem Schiffbruch die Arbeit wieder aufnehmen. Alle leidenschaftlichen Gefühle finden darin Raum: Ärger und Reue, Erbitterung gegen Genossen und Führer, Haß und Wut gegen die hartherzigen Herren, Empörung über deren Hochmut, mit dem sie jede gütliche Verhandlung verweigern, jede Vermittlung abweisen, jede Anerkennung des *gleichen Rechtes* der Arbeiter, des Rechtes, an der Festsetzung ihrer Arbeits-Bedingungen mitzuwirken, versagen.

Wenn ein „vernünftiger“, mit der Aussicht auf Erfolg eingeleiteter, Ausstand keineswegs immer beweist, daß die Zustände in der Werkstatt oder in dem Gewerbe, worauf er sich bezieht, unerträglich sind; wenn er zuweilen sogar dem Bewußtsein der Überlegenheit, dem Bestreben, eine Schwäche des Gegners auszunützen, ja dem Übermut entspringt; so sind hingegen diese unbesonnenen Massenstreiks Symptome tiefliegender Schäden in der Arbeitsverfassung, der diese Massen unterworfen sind. Dort der organisierte, fortschreitende, seiner Interessen, seiner Zwecke, seiner Macht bewußte; hier der unorganisierte, hoffnungslos in seine Lage festgebannte, von der Sorge um das tägliche Brot überwältigte, nebenher — so lange ihm die Jugend blüht — dem Vergnügen sich ergebende Arbeiter. Dort eine Minderheit zum größten Teile „gelernter“, mit den

Traditionen des Handwerks noch zusammenhängender Gesellen; hier die Mehrheit ungelernter, zum großen Teil der ländlichen Tagelöhner, dem Dienste des Großgrundbesitzes entronnener Handlanger.

Es ist aber ein bekannter Prozeß, daß die gelernte Arbeit von ungelerner Arbeit teils verdrängt und ersetzt, teils numerisch überwältigt wird ein Prozeß, der sich auch im Bergbau während des letzten Menschenalters in ganz hervorstechender Weise vollzogen hat. Gegen diesen Prozeß hat die Organisation der Arbeit mühsam zu kämpfen; in England hat sie ihn vielfach zu hemmen gewußt; bei uns ist mit der Einsicht, daß dies auf die Dauer unmöglich, oder auch nicht einmal wünschenswert, das Streben vielmehr dahin gegangen, die Verbindungen, *Gewerkschaften*, wie sie sich mit bergrechtlichen Namen nennen, (der als solcher einen anderen Sinn hat), auf die ungelerten Arbeiter auszudehnen. Dies ist aber angesichts der ökonomischen Lage, des Bildungsstandes, des fluktuierenden Charakters dieser Massen eine Aufgabe von überwältigender Schwierigkeit.

Als im Jahre 1889 der Streik der Bergleute in diesem selbstigen Gebiete ein fast noch größeres Aufsehen erregte als der jüngst beendete — man erinnere sich des Eingreifens der Majestät —, da gab es Berufsvereine unter ihnen noch so gut wie gar nicht. Die seither entstandenen sind ein Ergebnis der damaligen Niederlage. Beim Beginne des neuen Streikes waren von den Ausländigen mehr als die Hälfte organisiert. Das Zusammenhalten der verschiedenen Richtungen, besonders der sonst am stärksten rivalisierenden Gruppen „freier“ und „christlicher“ Gewerkschaften, charakterisierte jetzt die gesamte Lage.

Und doch war es seinem Wesen nach kein Streik organisierter Arbeiter. Wider ihren Willen, oder doch wider den Willen ihrer Leiter, wurden diese hineingerissen. Während des Streikes sind die Verbände, wie es aus nicht tiefliegenden Ursachen zu geschehen pflegt, mächtig angewachsen.*) Ob dieses Wachstum, ob eine steigende Macht der Organisationen die dauernde Folge sein wird? Das ist nicht die Regel, wenn diese selbst einen Streik verloren haben. Chemoals pflegte eine Deroute einzutreten: Maßregelung der Führer, Entmutigung, Beitragsunfähigkeit und Unlust der Menge. In den letzten Jahren hat sich die Vertiefung der gewerkschaftlichen Bewegung eben darin bewährt, daß sie diesem Verhängnis

*) Einer mir zugehenden freundlichen Mitteilung des Bureau für Sozialpolitik (Berlin W 30) zufolge wären vor dem Streik ca. 110000, aber Anfang Februar 180000 insgesamt organisiert gewesen. In diesen Zahlen sind aber wohl einige Tausende enthalten, die außerhalb des Ruhrreviers den Bergarbeiterverbänden angehören.

im allgemeinen zu begegnen gewußt hat. Freilich auf eine so schwere Probe wie diesmal ist sie noch nicht gestellt worden. Aber vielleicht wird gerade die „Unschuld“ der Verbände an dem Ereignis ihnen zugute kommen.

Wir wissen ja noch nicht, wie sich die Bechenbesitzer verhalten, wie das Syndikat seinen Sieg ausbeuten wird. Mit ihrer prinzipiellen Haltung: keine Verhandlung, keine Anerkennung der Arbeitervereine, Ablehnung jeder Vermittlung, auch der von der königlich preussischen Regierung versuchten — haben sie einen glänzenden äußeren Erfolg errungen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich den moralischen Mißkredit, der daran hing, zu Herzen nehmen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie den Eingriff, den die Novelle zum preussischen Berggesetz in ihre Autokratie zu machen droht, zu fürchten Grund haben. Die Bergbau-Unternehmung hat sich — speziell in Preußen — während des letzten halben Jahrhunderts der staatlichen Bevormundung und Aufsicht so gut wie ganz zu entziehen gewußt. Daß ein Gesetz, das aus dem Bureau des Ministers Möller hervorgeht, mit irgendwelcher Gründlichkeit den bestehenden Zustand umzuwandeln versucht wird, ist nicht wahrscheinlich. Daß der preussische Landtag die Neuerungen schärfer bestimmen wird, ist so gut wie ausgeschlossen. Wenn von den beiden Kammern die eine das *Herrnhaus* heißt — die andere verdiente auch so zu heißen. Und dies sagt genug. Unter dem Drucke erregter Gefühle hätte in der kurzen Frist, als der Streik auf seiner Höhe stand, vielleicht auch diese „Volksvertretung“ ein wenig der Einsicht nachgegeben, daß es unweise ist, die Macht des verbundenen Kapitals — zumal wo sie die Herrschaft über das tägliche Brot fast der gesamten Industrie in Anspruch nimmt — ins Ungemessene wachsen zu lassen; politisch geboten sei, die Organisationen der Arbeiter, als das wirksamste Gegengewicht gegen diese ungeheueren Gefahren zu *fördern*, anstatt sie aus „Gefühlspolitik“, nämlich aus Angst und Widerwillen, zu hemmen. Nachdem die Stimmungen verflogen, ist von diesen Herrenhäusern nichts Erhebliches mehr zu erwarten.

Fast noch mehr als die neuen Normen, die immerhin eine kleine Besserung der auffallendsten Mißstände herbeiführen mögen, könnte die Teilnahme des Staates an einer Kohlenbergwerk-Aktien-Gesellschaft, und dadurch an dem berufenen Syndikat bedeuten. Aber zugunsten der Selbstständigkeit der Bürgerrechte, des Koalitionsrechtes der Arbeiter? Unter einem Ministerium, das — in dieser Hinsicht ohne Zweifel einmütig — die Teilnahme von Beamten und Arbeitern der Eisenbahnen an *Ronsumvereinen* für staatsgefährlich, beinahe für revolutionär hält? Man darf vorläufig mit Sicherheit sagen, daß alle Tendenzen auf *Unterdrückung* von Arbeiterberufsvereinen jeder Art — Tendenzen,

die bekanntlich in den Arbeitgeberverbänden neuerdings sich stark gerüstet haben — auf den kräftigen Beistand der preußischen Regierung immer werden rechnen können.

Wenigstens, wenn sie irgendwelchen Zusammenhang mit der politischen Partei, die als dem Staate und dem Vaterlande feindlich angesehen wird, aufweisen! Es war ja die etwas hilflose Rede des Reichskanzlers, der zugleich preußischer Ministerpräsident ist, womit er auf die sehr sachlichen, sehr bergmännischen Ausführungen eines Abgeordneten im Reichstage erwiderte: das Unheil in Deutschland sei, daß die Arbeiterverbände in einem zu intimen Verhältnisse zu politischen Parteien sich befänden; sie seien „im wesentlichen“ *W e r k z e u g e* der politischen Parteien; die Umsturzpartei sehe auch in dem Glend eines unglücklichen Streikes nur ein Mittel zur Schürung des Hasses, zur Stärkung des Klaffengefühls im Parteiinteresse! —

Das war gewiß eine sich selbst schlagende, mehr rednerische als staatsmännische, mehr phrasierte als richtige Darstellung des wirklichen Sachverhaltes.

Ich gehöre sonst nicht zu denen, die von den Fähigkeiten und Einsichten unseres leitenden Staatsmannes — der eine überaus schwierige Stellung inne hat — zu gering denken. Jene Rede war gewiß dem bedeutenden Momente nicht im mindesten angemessen. Was aber den Kern der Sache angeht, so hat der Reichskanzler nur gemeint, was von Sozialpolitikern, die zu den Gewerkschaften durchaus freundlich und günstig sich stellen, seit lange und oft ausgesprochen worden ist. Der Reichskanzler ist aber falsch unterrichtet, wenn er zu glauben scheint, daß die Sache — das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den freien „auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden“ Gewerkschaften — heute noch ebenso stehe wie vor etwa 15 Jahren. Es ist nicht einmal mehr in dem Zustande der Unklarheit und Dämmerung, worin es noch vor etwa 8 Jahren, also lange ehe der Reichskanzler Reichskanzler war, sich befunden hat. Der Reichskanzler oder wenigstens sein vortragender Rat müßte eigentlich etne Schrift wie die von *S o m b a r t*, „Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ (Jena, Fischer 1900), kennen. Die Herren hätten daraus gelernt (S. 108), daß am 25. Mai 1900 der einflußreichste politische Führer der Sozialdemokratie seine Meinung dahin ausgesprochen hat, die einseitige politische Tätigkeit in den Gewerkschaften sei ein *F e h l e r* gewesen! Die Gewerkschaft solle Parteipolitik *n i c h t* treiben! Auch Klassenpolitik solle man — wohl als Politiker aber — *n i c h t* als Gewerkschaftler treiben! So hat sich damals *B e b e l* geäußert. Daß ganz gleichgerichtet auch Ansichten und Absichten der Gewerkschaftsführer sel-

ber, die sich politisch betätigen, sind, ist vielleicht auch dem Reichskanzler und seinen Räten bekannt.

Aber daß sie sich politisch betätigen! Liegt nicht da der Hase im Pfeffer?

Ich vermag es nicht zu erkennen, wie dadurch eine Gewerkschaft zum Werkzeug der politischen Partei wird, daß ihr Führer als Anhänger dieser Partei ein Mandat für den Reichstag annimmt. Ist der Bergbauverein oder ein anderer Unternehmerverband dadurch ein Werkzeug der freikonservativen Fraktion, daß einer ihrer Häuptlinge dieser Fraktion angehört? — Ich kann in der Anwesenheit von Gewerkschaftsführern, von Männern, die auch politisch so gemäßigt auftreten, wie die Herren Legien, v. Elm, Molkenbuhr, Gué u. a., nur ein für die Partei, der sie angehören, moderierend wirksames Element erblicken, ein Element, das bei der eminenten Bedeutung einer vom Arbeiterstandpunkte sachkundigen Erörterung gewerberechtlicher Fragen auch im allgemeinen Interesse schlechthin unentbehrlich im deutschen Reichstage geworden ist. Ich weiß, daß ich dies in Übereinstimmung mit allen denkenden Sozialpolitikern unseres Vaterlandes ausspreche. Im Reichskanzleramte muß man wohl anderer Ansicht sein. — Wenn man aber in den Regierungen Irrtümer hegt und rhetorisch zur Geltung bringt, in den „scharfmacherischen“ U n t e r n e h m e r f r e i s e n werden sie gehegt und gepflegt, geliebt und mit Liebe großgezogen. Der entschiedene Interessen- und Klassenstandpunkt dieser Kreise kümmert sich, im Grunde, um die politischen Meinungen der Arbeiterführer, mit denen sie es praktisch zu tun haben, ganz und gar nicht. Aber die Behauptung, daß diese dem Umsturz huldigen, daß sie, um mit dem Grafen v. Bülow zu reden, jeden wirtschaftlichen Fortschritt unter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung für ausgeschlossen erklären, daß sie die Arbeiter zu einem Kommunismus erziehen, der das Ende unserer Kultur und den Tod der individuellen Freiheit bedeute — alle diese Sätze sind jenen Herren höchst willkommene, wenn nicht blanke, so doch spitze und scharfe, W a f f e n , in ihrem Kampfe gegen die I n t e r e s s e n , gegen die völlig gesetzmäßige, völlig gemäßigte, völlig unpolitische Vertretung der eigenen Wünsche und W i l l e n der Arbeiter, gegen die völlig unkommunistische Forderung gleicher und wirklicher individueller F r e i h e i t , zur Anwendung und Sicherung ihres A o a l i t i o n s r e c h t e s , gegen das bescheidene Verlangen, aus dem N a m e n des freien Kontraktes, soweit als möglich „unter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung“, eine Wahrheit und W i r k l i c h k e i t zu machen! —

Mit anderen Worten die Klagen über den politischen Charakter un-

ferer ökonomischen Arbeiterbewegung sind zu 99 Hundertstel nichts als **V o r w ä n d e**! Wenn die zielbewußten Verehrer des Freiherrn v. Stummschen Genius den Satz in jener Reichskanzler-Rede gelesen haben, „was die englischen Gewerkschaften Großes geleistet haben, haben sie geleistet auf rein wirtschaftlichem Boden, ohne jedes Ansehen der Partei“ — so müssen sie über diese **B r e n t a n o - R e m i n i s z e n z** — gelächelt haben. Ihre ganze Politik zielt ja eben darauf ab, dieses „Große“ zu hintertreiben! Rühmte doch der wackere alte Hammerschmiedefürst an den deutschen Arbeitern — trotz aller „sozialdemokratischen Verhöhnung“ — die **D i s z i p l i n**, hatte er doch von englischen Kollegen sich erzählen lassen, darauf beruhe der Vorsprung, den die deutsche Industrie auf so vielen Gebieten gewonnen habe, daß die englischen Arbeiter durch die Wirkungen der Trades Unions zu einem Selbst- und Machtbewußtsein gekommen seien, mit dem für den Unternehmer schlechterdings nicht auszukommen sei! Wenn wirklich das „Ansehen der Partei“ oder das Unheil, daß die deutschen Gewerkschaften, im wesentlichen „Werkzeuge“ der politischen Parteien, sie **u n f ä h i g** machen sollte, so „Großes“ zu leisten — und dahin geht ja der Gedanke des Ministers —, wie willkommen müßte jenen diese Parteiabhängigkeit sein! Wie müßten sie in der Tat sich freuen, wenn durch solche Anklagen, solches Odium, so gut wie durch die Sache selber, die **r e i n ö k o n o m i s c h e** Aktion dieser Verbände gelähmt würde! —

Wenn wir leidenschaftslos den Gang der Dinge zu erkennen suchen, so werden wir auf jeden Fall in der ferneren Entwicklung der Organisation der Arbeit eine höchst folgenreiche und wichtige Entwicklung beobachten, so gut wie in den Fortschritten der Organisation des Kapitals und der Unternehmerschaft. Es stehen gewiß viele bittere Kämpfe noch bevor! Ihnen vorzubeugen, sie zu hindern wird schwerlich möglich sein, so sehr man als Menschen-, als Vaterlandsfreund es wünschen mag. Aber daß diese Kämpfe in einem Geiste der Versöhnlichkeit, und des allgemeinen Wohles geführt würden, dazu kann die unabhängige wissenschaftliche Erkenntnis, kann die Ausbreitung eines **s o z i a l e t h i s c h e n** G e i s t e s sehr Bedeutendes beitragen. Der Riesenstreik im Ruhrkohlenrevier hat die große Bedeutung für das öffentliche Bewußtsein in Deutschland gewonnen, daß er nicht bloß die Sympathie mit den **L e i d e n** der Arbeiterklasse, sondern das Gefühl für ihre **g e r e c h t e n A n s p r ü c h e** in die weitesten Kreise mit zündender Blickeskraft getragen hat. In Wahrheit ist dies die erste **V o r b e d i n g u n g** für eine humane Gestaltung und Ausgleichung aller auf diesem Gebiete noch bevorstehenden Kämpfe, daß sie auf dem Boden der ohne Vorbehalt zugestandenen **G l e i c h b e r e c h t i g u n g** der Arbeiter — als Kontrahenten des Arbeitsvertrages und als

Staatsbürger — geführt werden. Wir haben keinen Schimmer von historischem, formalem oder sittlichem Recht, ihnen diese Gleichberechtigung noch zu verweigern, wie es doch fortwährend durch einen großen Teil der Unternehmer, durch die Behörden und durch die Gesetzgebung geschieht. Wir sind unserer Ehre schuldig, wir sind sittlich verpflichtet, mit den Institutionen, deren Wirken u n s s e l b e r günstig gewesen und ein Element unseres Daseins geworden ist, a u c h d a Ernst zu machen, wo sie a n d e r e n zugute kommen sollen, die unter nichts mehr leiden als unter der Halbheit und Unbesonnenheit des Rechtszustandes, der ihr tägliches Leben bestimmt! —

Die bestehenden und gebildeten Schichten unserer Nation haben das Vertrauen der Lohnarbeitenden Klasse, zum guten Teil durch ihre eigene Schuld, v e r l o r e n. Ein großes Quantum davon läßt sich wiedererobern. Aber dazu müßte nicht nur die öffentliche Meinung, sondern unsere gesamte innere Politik von einem ganz anderen Geiste erfüllt werden als es in den letzten 10 Jahren unheilvoller Weise der Fall gewesen ist.**)



Die Religionsvergehen im deutschen Strafrecht.

Von Dr. jur. Ernst Feder (Berlin).

Die Polemik gegen § 166 des Strafgesetzbuchs, die in der Presse seit Jahrzehnten geführt wird und von Zeit zu Zeit bei Aufsehen erregenden Prozessen immer wieder hell auflodert, hat Mitte Januar d. J. auch einen parlamentarischen Widerhall gefunden. Ein zahmer Antrag der freisinnigen Volkspartei verlangte Aufhebung des zweiten Teiles des § 166, der die Beschimpfung der Religionsgesellschaften, ihrer Einrichtungen und Gebräuche mit Gefängnis bedroht, während die Bestrafung der Gotteslästerung unangetastet blieb. Mit Recht wurde der Antrag deshalb von dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei als Halbheit bezeichnet. Übrigens ergaben die Verhandlungen des 14. und 16. Januar sofort, daß der Antrag auch in seiner abgeschwächten Form keine Aussicht auf Annahme habe. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts lehnte eine Initiative der Regierung ab, weil sie bei der Zusammensetzung des Hauses doch keinen Erfolg haben und nur unnütze Streitigkeiten herbei-

**) Vergl. die trefflichen Ausführungen in dem Vortrage des Fhrrn. von Berlepsch (des vormaligen preußischen Handelsministers) „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“ vom 22. März 1904 (gedruckt als Sonderabdruck aus der „Sozialen Praxis“ Jahrgang XIII, Nr. 28, 29 und 30).